Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelne unsere Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Angebotene Rabatte gelten nur im Falle pünktlicher Zahlung. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anz.-nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 283 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 5. Dezember 1931

Verunglückte Experimente.

Inflationsgift. — Ehrbare Kaufleute. — Die Winterhilfe-Notverordnung.

Ja, wenn man die Inflation dosieren könnte wie irgendein Medikament, das „dreimal täglich zehn Tropfen“ eingeflößt würde! Das ist sie nicht, sondern eher ein Rauschgift, das in immer größeren Dosen genommen werden muß, um die gewünschte und ersehnte Betäubungswirkung zu erzielen. Wir Deutsche haben das alles einmal durchgemacht — freilich sind wir dazu gezwungen worden — und wissen auch schmerzhaft genau, wie furchtbar schwer und opfervoll die spätere „Entwöhnungskur“ ist. Auch in England hat man bestimmt nicht damit gerechnet, daß das Pfund Sterling 33 Prozent seines Goldwertes einbüßen würde, wie es jetzt geschehen ist. Im September, als die Goldeinlösungspflicht für das englische Pfund aufgehoben wurde und dieses nun ins Rutschen kam, hat man wohl geglaubt, rechtzeitig bremsen zu können und nur eine kleine Dosis „Inflation“ nötig zu haben, um eine wirkliche Inflation rechtzeitig zu vermeiden. Man mag es in England durchaus nicht ungern gesehen haben, daß die lieben Nachbarn und Freunde von einst, die im Besitze gewaltiger Pfundbestände oder Pfundforderungen sind, nun natürlich große und mit der Pfundentwertung steigende Verluste erleiden. Die Deutsche Reichsbank gehört übrigens nur in sehr geringem Umfange zu diesen „Leidtragenden“, da ihr Pfunddevisenbesitz klein war und ist. Desto schlechter ging es der holländischen und namentlich der französischen Staatsbank; man schätzt den Verlust der Bank von Frankreich heute auf mindestens 500 Millionen Mark, da die dort lagernden Devisen oder sonstigen Forderungen in englischen Pfunden sich auf etwa etwa 1,6 Milliarden belaufen sollen. Allerdings ist die Pfundschwäche auch wieder eine sehr gefährliche Waffe in der Hand Frankreichs einerseits im politischen Kampf um die Zukunft des Young-Planes, der deutschen Kurzkredite und nicht zuletzt beim Ringen um die Weltabrüstung, andererseits versucht man durch den ständigen Druck auf das Pfund den englischen Hochschutzzollplänen und -beschlüssen entgegenzuwirken. Wir Deutsche haben ja die bittere Erfahrung noch längst nicht vergessen, was es heißt, im Zeichen der Inflation einen mengenmäßig vielleicht rasch steigenden Export zu betreiben: das bedeutet wachsende Verluste am Volksvermögen! Und wir sehen jetzt auch, daß die von der Währungsentwertung noch nicht betroffenen Staaten sich ihrerseits mit immer höheren Zöllen gegen jenes „Valutadumping“ zu schützen versuchen — auch die Reichsregierung hat sich jetzt dieses Recht zur Zollerhöhung „notverordnet“ —, hinzu tritt die Absicht, auf dem gleichen Wege auch zu einer Ausgleichung der Handelsbilanz in Einfuhr und Ausfuhr zu kommen. Dieser „Protektionismus“ feiert Orgien selbst in den kleinsten Ländersetzen Europas. Nur geht dabei der Welthandel mehr und mehr zum Teufel! Verträgt er doch nie und nirgends auch nur die kleinste Dosis vom Gift der Inflation.

*

Wir Deutsche haben — obwohl die Reichsmark selbst nach ihrer Stabilisierung fest blieb, obwohl die Zeit unserer „Entwöhnungskur“ von jenem Gift nicht gerade kurz war — innerlich trotzdem die verheerenden Rückwirkungen jener Vergiftung nicht ganz überwunden; die „Millionen“ spukten weiter in manchen Gehirnen. In dem so aufschlußreichen Prozeß gegen die Direktoren der „Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G.“ äußerte ein Zeuge, Leiter einer deutschen Großbank — von der übrigens zurzeit, polizeilich ausgedrückt, „nichts Nachteiliges bekannt“ ist —, bei seiner Vernehmung recht melancholisch, die Inflation habe eben bei vielen Geschäftsleuten „jedes Augenmaß für die Zahl zerstört“. Leider hat jene Zeit noch viel mehr zerstören können! Wir sehen und erleben es ja erschreckend oft und fast „am laufenden Band“. Aber durchaus nicht an all und jedem ist „die Wirtschaftskrise“ schuld! Man braucht z. B. nur an die beiden Nobelpreisträger aus den Reihen der deutschen Wirtschaft zu denken, Bosch und Bergius, um damit auch gleich zwei deutsche Großunternehmungen zu nennen, die ihren im Krieg gewaltsam zerstörten Weltruf langsam, systematisch, produktiv, also in zielbewußter Arbeit wiedererobert haben! Und wenn der neue Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Krupp von Bohlen-Halbach, der Erbe dieser Weltfirma, die „tiefbedauerlichen und ungeheuerlichen Vorgänge“, die „Häufung von Unredlichkeiten im Getriebe der deutschen Wirtschaft“ mit scharfen Worten geißelte und die unbedingte, wenn auch opfervolle Rückkehr auf den Weg des ehrbaren Kaufmanns verlangte, so dürfte gerade dieser Mann eine solche Mahnung und Forderung laut aussprechen, denn er und sein Werk haben noch viel größere Schwierigkeiten bei dem Wiederaufbau auf sauberem Wege gehabt als selbst die Bosch-Werke und die „J. G. Farben“.

*

Gewiß ist dieser Weg nicht leicht zu gehen und durch die Maßnahmen der Reichsregierung wird er auch nicht gerade geebnet! Die „öffentliche“ Wirtschaft soll ja auch „ehrlich gemacht“ werden insofern, als ihre Haushalte unbedingt balanciert oder, wo dies nicht mehr der Fall ist — und leider liegt dieser Fall vom Reich über die Länder bis zu zahllosen Gemeinden herunter ganz offen vor! —, wieder zum Ausgleich gebracht werden sollen. Es ist ja bezeichnend, daß sozusagen im Anfang des Erscheinens der „Winterhilfe“-Notverordnung eine eiligst einberufene Zusammenkunft der Länderfinanzminister in Berlin gestanden hat. Da wird es der Privatwirtschaft vom Arbeitgeber bis zum letzten Arbeitnehmer trübe um den Sinn und wer an einen energischen Abbau der „festen“ Kosten in Erzeugung und Handel, also vor allem der öffentlichen Lasten mannigfachster Art, geglaubt hat, um auf diese Weise auch zum Preisabbau gelangen zu können, seufzt jetzt mit Dante: „Laßt alle Hoffnung fahren“. Aber bisweilen sind nicht bloß Hoffnungen, sondern auch — Befürchtungen enttäuscht worden. Dr. Pr.

Fluchtkapital für Schuldenbezahlung

Die ausländischen Banken sollen es der Reichsbank melden.

Auf den bevorstehenden Finanzkonferenzen soll auf Anregung Frankreichs hin ein großer Plan vorgelegt werden, um das deutsche Fluchtkapital im Ausland zur Finanzierung der deutschen kurzfristigen Schulden und zur Bezahlung von Tributen heranzuziehen. Der Plan sieht, wie verlautet, folgendes vor:

Durch Gesetze in den einzelnen Staaten, also Frankreich, England, Vereinigte Staaten, aber auch z. B. Holland, Schweiz, Luxemburg sollen die dortigen Banken gezwungen werden, der Zentralnotenbank ihres Landes mitzuteilen, wieviel deutsches Kapital bei ihnen angelegt ist. Die Zentralnotenbanken melden dies der Reichsbank, die feststellt, was von diesem Kapital legal im Auslande arbeitet und was steuerpflichtig ist.

Das von der Reichsbank als steuerpflichtig bezeichnete Kapital wird bei den ausländischen Zentralbanken auf ein besonderes Konto zur Verfügung der Reichsbank eingezahlt, die daraus die kurzfristigen Kredite ablösen soll. Man schätzt das deutsche Fluchtkapital im Auslande auf ein bis anderthalb Milliarden Mark.

Der ganzen Aktion soll eine nochmalige Amnestie vorangehen, d. h. also: freiwillig zurückkehrendes geflüchtetes Kapital soll von den verwirkten Steuerstrafen befreit bleiben.

Das Hoover-Feierjahr.

Erster Punkt der Kongreßtagesordnung

Laut Mitteilung des Führers der republikanischen Gruppe im Washingtoner Senat, Watson, bildet die Vorlage über das Hoover-Feierjahr den ersten Punkt auf der Tagesordnung des neuen Kongresses.

Für Deutschlands Wehrhoheit.

Die Forderungen des Stahlhelm.

In einer öffentlichen Kundgebung des Stahlhelm sprach Oberstleutnant a. D. Düsterberg über „Stahlhelm und deutsche Wehrhoheit“. In französischen militärischen Kreisen, so führte der Redner aus, spiele man heute ernsthaft mit der Frage, ob man das Rheinland wieder besetzen oder das Saargebiet zu einem Völkerbundland machen wolle, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könne. Der Glaube, daß

der Völkerbund sich für Deutschland einsetzen werde,

sei wohl nur noch in Köpfen von Phantasten vorhanden. Der Stahlhelm werde bis zur Abrüstungskonferenz in unzähligen Versammlungen das deutsche Volk darüber aufklären, um was es gehe. Bei unserer Waffenlosigkeit müsse die in Genf aufzustellende deutsche Forderung durch das ganze Volk unterstützt werden, und zwar wolle man fordern, daß Deutschland das Recht erhalte, im Rahmen des von Deutschland selbst aufzustellenden Wehrhaushalts zu bestimmen, wie es die Mittel für seine Verteidigung und seine Wehrmacht einzusetzen wünsche. Der Stahlhelm wolle

keinen neuen Krieg, wohl aber einen neuen Frieden.

Der Franzose wolle keine Verständigung, sondern fordere Unterwerfung des deutschen Volkes. Deshalb wolle der Stahlhelm alle Kräfte einsetzen für die Schaffung einer Wehrmacht, damit Deutschland für seine berechtigten Forderungen auch die notwendige Rückenstärkung habe.

Eine Unterredung Hitlers mit englischen Berichterstattern.

Berlin, 5. Dezember. Wie die D.A.Z. aus London meldet, hat Adolf Hitler am Freitag in Berlin die Berichterstatter der englischen Zeitungen empfangen und ihnen Mitteilung darüber gemacht, wie er die Lage auffaßt und wie er sich die Zukunft denkt. Zunächst hat Hitler versichert, daß er selbstverständlich nach wie vor nur auf legalem Wege vorgehen werde. Es wäre ja, so sagte er, auch völlig sinnlos, etwas anderes zu versuchen und alles aufs Spiel zu setzen zu einem Zeitpunkt, wo der Enderfolg vor der Tür stände und so sicher sei, wie die ihm zuhörenden Korrespondenten im selben Raum mit ihm säßen. Er ging dann auf das Boxheimer Dokument über und erklärte, in seiner Partei entscheide nur sein Wille allein, Niemand könne ihn verantwortlich machen für die privaten Taten seiner 700 000 Parteimitglieder. Dazu komme, daß in letzter Zeit immer mehr der Versuch gemacht werde, Provokateure in die Partei hineinzulancieren. Hitler ging dann auf die Außenpolitik über und erklärte auf eine Zwischenfrage über den Ursprung des Krieges, daß weder er noch seine Partei hiermit etwas zu tun hätten. Die Zukunft, nämlich das Verhältnis von Frankreich und Deutschland, hänge von Frankreich ab. Deutschland könne sich aber nicht auf politische Erpressung einlassen. Nach dem Kriege von 1870 sei Frankreich niedergeschlagen, aber doch nicht wehrlos gemacht worden. Mit erhobener Stimme erklärte Hitler: „Deutschland ist nicht Karthago, und Frankreich ist nicht Rom.“

Politischer Weihnachtsfrieden.

Durch „Verordnung“.

„Frieden auf Erden allen denen, die guten Willens sind!“ lautete die frohe Botschaft, die die Engel den Hirten auf dem Feld von Bethlehem verkündeten. An diesem guten Willen des Friedens mangelt es heute mehr denn je in der Welt und besonders in der Politik. In früheren Jahren pflegten die Parteien selbst untereinander eine Art politischen Weihnachtsburgfrieden zu vereinbaren, Demonstrationen, politische Reden, Aufzüge und Kundgebungen unterblieben um die Weihnachtszeit ohnehin. Angesichts der heutigen Radikalisierung der Wählermassen, nicht zuletzt der von kommunistischer Seite getätigten Propaganda gegen die weihnachtlichen Gebräuche hält man eine solche Vereinbarung anscheinend heute für unmöglich.

Die Reichsregierung beabsichtigt durch Maßnahmen in Fühlungnahme mit den Ländern dafür zu sorgen, daß während der Weihnachtszeit alle politischen Versammlungen und Kundgebungen unterbleiben. Diese politische Weihnachtsruhe soll bis zum 6. Januar dauern. Besser als solcher Frieden „durch Notverordnung“ wäre allerdings ein Weihnachtsfrieden „aus gutem Willen“.

Gegen den Mißbrauch von Waffen

beabsichtigt ferner die Regierung schärfer vorzugehen. Sie will, wie verlautet, nötigenfalls durch eine Notverordnung die Länderregierungen ermächtigen, Maßnahmen gegen Waffenmißbrauch zu ergreifen. Vorgesehen soll u. a. eine Anmelde- und Ablieferungspflicht für Waffen sein, desgleichen eine Konzessionspflicht für Waffenhandlungen.

Arbeitsbeschaffung das Gebot der Stunde.

Erklärung der Spitzengewerkschaften.

Die Spitzengewerkschaften aller Richtungen, einschließlich der Beamtenbünde, traten erneut zusammen. Über das Ergebnis der Besprechung teilt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mit:

„Angesichts der mit jedem Tage zunehmenden Nöte der Volksmassen, insbesondere der Millionen Arbeitslosen, herrschte volle Übereinstimmung darüber, daß die Arbeitsbeschaffung und die Wiedereinschaltung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß nach wie vor das dringendste Gebot der Stunde ist. Ebenso müsse die Kaufkraft der Volksmassen geschützt und der soziale Schutz der Arbeitnehmerschaft aufrechterhalten werden.

Eingehend befaßte die Besprechung sich mit dem würdelosen Bruderkrieg, in dem weite Kreise des deutschen Volkes sich gegenwärtig zerfleischen.

Man beschloß, sich mit einer gemeinsamen Verlautbarung an die Öffentlichkeit zu wenden.“

*

Billigeres Geld verlangt.

Wirtschaft und Reichsbank.

Auf der Tagung des Deutschen Industrie- und Handelstages fand eine ausgedehnte Aussprache zwischen Vertretern der Wirtschaft einerseits und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther andererseits statt. Namens der Schwerindustrie verlangte Dr. Silverberg eine Erweiterung des Kreditvolumens für die deutsche Wirtschaft, die von der Reichsbank durch

die Senkung des Diskontsatzes

herbeigeführt werden könne. Dem widersprach Dr. Luther: es habe sich gezeigt, daß eine Herabsetzung des Reichsbankdiskonts weder in Zeiten sinkender Konjunktur noch während des tiefsten Standes der Wirtschaftskrise zu

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF